



Stadt Kamen

Niederschrift

PuS

über die
3. Sitzung des Planungs- und Stadtentwicklungsausschusses
am Donnerstag, dem 19.05.2022
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:25 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Mehmet Akca
Herr Denis Aschhoff
Herr Peter Holtmann
Frau Renate Jung
Herr Jan Kalthoff
Herr Klaus Kasperidus
Herr Bastian Nickel
Herr Volker Sekunde

CDU

Herr Rainer Fuhrmann
Herr Stefan Helmken
Herr Heinrich Kissing
Herr Carsten Schriefer
Herr Andreas Sude
Herr Martin Wilhelm

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Michael Brauckmann
Frau Anke Dörlemann
Herr Peter Gerwin

FW Kamen

Herr Dennis Kobus

FDP

Frau Heike Schaumann

Sachverständige Bürger gem. § 23 Abs. 2 Satz 3 DSchG NRW

Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Frau Monika Holtmann
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Christin Maier

Gäste

Frau Kathrin Feigs, Büro plan-lokal, Dortmund
Frau Mareike Kapels, plan-lokal, Dortmund
Herr Martin Kolander, UKBS

Entschuldigt fehlten

Herr Winfried Borgmann
Herr Roland Borosch
Herr Martin Köhler
Herr Marco Korte
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Marian-Rouven Madeja
Herr Andreas Meier
Herr Klaus Michallik
Frau Nadine Pasalk
Herr Oliver Syperek

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 19.05.2022 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Herr **Kissing** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Planungs- und Stadtentwicklungsausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder, Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Nachfrage von Herrn **Kissing**, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung geben würde, meldete sich Herr **Stoltefuß** zu Wort. Er monierte die Behandlung des Tagesordnungspunktes 8 in öffentlicher Sitzung. Darüber hinaus zeigte er sich persönlich enttäuscht darüber, dass eine Beteiligung seinerseits im Vorfeld der Sitzung nicht erfolgt sei. Er habe keine Möglichkeit gehabt, seine persönliche Stellungnahme im Vorfeld der Sitzung abzugeben. Er werde ausdrücklich keinen eigenen Antrag stellen, bitte aber darum, den Sachverhalt aus seiner Sicht darstellen zu können.

Herr **Kissing** entgegnete, dass Herr **Stoltefuß** in seiner Funktion als sachverständiger Bürger bereits in mehreren Sitzungen des Planungs- und Stadtentwicklungsausschusses seinen Standpunkt öffentlich dargestellt habe. Insofern sei der Sachverhalt öffentlich bekannt. Die vorliegende Mitteilungsvorlage 052/2022 diene in diesem Zusammenhang als weitergehende und detaillierte Information für den Fachausschuss. Der Tagesordnungspunkt verbleibe im öffentlichen Teil der Sitzung. Herr **Stoltefuß** habe die Möglichkeit zur Stellungnahme, wenn der Tagesordnungspunkt behandelt werde.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bestellung eines Schriftführers	030/2022
2	Einwohnerfragestunde	
3	Stadtteilmanagement Kamen-Heere-Werve Vorstellung der neuen Stadtteilmanagerin, Frau Mareike Kapels, Büro plan-lokal, Dortmund	
4	Handlungskonzepts Wohnen-Fortschreibung Sachstandsinformation durch das beauftragte Büro plan-lokal, Dortmund	
5	Kooperatives Gutachterverfahren der UKBS zur Revitalisierung der ehemaligen Polizeikaserne, Dortmunder Allee hier: Bericht der UKBS	
6	Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes für die Gesamtstadt, Er- stellung eines Integrierten Handlungskonzeptes für den Stadtteil Methler sowie Erstellung eines Energetischen Quartierskonzeptes für den Stadtteil Methler Stand der Vergabe und Darstellung der Prozessstruktur	048/2022
7	Aufstellung des Regionalplans Ruhr – erneute Beteiligung gem. § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Abs. 1 Landesplanungsge- setz (LPIG NRW) hier: Stellungnahme der Stadt Kamen	040/2022
8	Denkmalangelegenheiten Eingabe und Beschwerde des sachverständigen Bürgers für die Denkmalpflege	052/2022
9	Bauvorhaben im Stadtgebiet	
10	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
030/2022

Bestellung eines Schriftführers

Beschluss:

Der Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss bestellt für die Dauer der laufenden Wahlperiode Herrn Matthias Breuer zum Schriftführer und Herrn Dr. Uwe Liedtke zum stellvertretenden Schriftführer.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Anfragen gestellt.

Zu TOP 3.

Stadtteilmanagement Kamen-Heere-Werve
Vorstellung der neuen Stadtteilmanagerin, Frau Mareike Kapels, Büro plan-lokal, Dortmund

Zunächst begrüßte Herr **Kissing** die neue Stadtteilmanagerin, Frau Kapels.

Frau **Kapels**, seit 01.02.2022 neue Stadtteilmanagerin in Kamen-Heeren-Werve, stellte sich in einem Vortrag vor und erläuterte die bisherigen Tätigkeitsbereiche und weiteren Planungen anhand einer Präsentation. Detaillierte Informationen sind der Präsentation (S. 7 bis 11) zu entnehmen. Fortführung der Netzwerkarbeit, Durchführung von Veranstaltungen, Wissensvermittlung und Dokumentation seien Bestandteile ihrer Arbeit. Wesentliche Intention sei nunmehr, die im Ortsteil entwickelten Netzwerkstrukturen weiter zu verstetigen und eine langfristige Wirkung zu erreichen.

Herr **Kasperidus** wünsche Frau Kapels viel Erfolg bei ihrer Arbeit im Stadtteil. Er hoffe, dass die Corona-Nachwirkungen bald nachlassen würden. Zur ersten Maifeier in Heeren-Werve habe er nur positive Rückmeldungen erhalten.

Mit dem Hinweis darauf, dass das Stadtteilmanagement in Kamen-Heeren-Werve zunächst bis zum 30.04.2023 befristet sei, erkundigte sich Herr **Kissing** nach dem weiteren Fortgang.

Ende April 2023 würde die Städtebauförderung für das Stadtteilmanagement auslaufen, erklärte Herr **Dr. Liedtke**. Die Verwaltung werde ein Konzept für die Fortführung der Aufgaben des Stadtteilmanagement entwickeln. Es sei wichtig, die Aufgaben des Stadtteilmanagements weiter fortzusetzen. So wäre die Weiterführung des Stadtteilmanagements mit Eigenmitteln denkbar. Der Ausschuss werde entsprechend eingebunden.

Herr **Sude** erkundigte sich, ob bei einer Fortführung des Stadtteilmanagements mit Eigenmitteln eine Ausweitung auf alle Stadtteile möglich sei.

Diesbezüglich antwortete Herr **Dr. Liedtke**, dass die Einrichtung des Stadtteilmanagements zunächst über ein Integriertes Handlungskonzept als Maßnahme eingestellt worden sei. Dies sei Voraussetzung für die Beantragung von Städtebaufördermitteln. Nunmehr werde ein Integriertes Handlungskonzept für Kamen-Methler erstellt. In diesem Kontext könne dann ein Stadtteilmanagement für Kamen-Methler ebenfalls initiiert werden. Voraussetzung sei ein vom Rat beschlossenes Integriertes Handlungskonzept, welches die Einrichtung eines Stadtteilmanagements als Einzelmaßnahme beinhalte. Die Erstellung eines solchen Konzeptes sei nach Methler auch für Südkamen angedacht.

Herr **Stoltefuß** berichtete von seinen Erfahrungen bei den Treffen „Rund ums Dorf“ in Kamen-Heeren-Werve. Es habe sich gezeigt, dass sich nicht immer alle dort eingebrachten Maßnahmenvorschläge realisieren ließen (z.B. Beleuchtung der Kirche am Ortseingang, Ersatzskulptur für „Kind mit Baum“).

Bei der Beleuchtung der ev. Kirche am Ortseingang sei der Vorschlag in der ev. Kirchengemeinde nach intensiver Diskussion abgelehnt worden, entgegnete Herr **Kasperidus**. Zur Skulptur „Kind mit Baum“ habe der Kulturausschuss eine Entscheidung getroffen und den Antrag schlussendlich abgelehnt.

Herr **Kissing** verdeutlichte, dass zahlreiche Projekte in Heeren-Werve realisiert wurden bzw. noch realisiert werden. Dies sei entsprechend zu würdigen. Er dankte Frau Kapels für den ausführlichen Bericht.

Zu TOP 4.

Handlungskonzepts Wohnen-Fortschreibung Sachstandsinformation durch das beauftragte Büro plan-lokal, Dortmund

Herr **Kissing** begrüßte Frau Feigs vom Büro plan-lokal und erteilte ihr das Wort.

Frau **Feigs** erinnerte zunächst an die erste Projektvorstellung in der Oktobersitzung des Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss. Sodann gab sie anhand der Präsentation einen Zwischenstand über die derzeitige Bearbeitung. Das Konzept werde u.a. eine Gegenüberstellung der Themenschwerpunkte 2012 / 2022 enthalten. Ziel sei es, das Handlungskonzept Wohnen bis zum Ende des Jahres 2022 fertig zu stellen. Aufgrund der Corona-Situation sei es erforderlich gewesen, den für April 2022 geplanten Workshop auf einen späteren Termin zu verschieben. Dieser Workshop, zu dem auch Beteiligte aus dem Handlungsfeld Wohnen eingeladen worden seien, werde nunmehr am 13.06.2022 stattfinden. Detaillierte Informationen sind der Präsentation (S. 13 bis 29) zu entnehmen.

Herr **Kasperidus** berichtete, dass in seinem Wohnbereich in der Wohnungsmarktanalyse 2012 vor dem Hintergrund des demografischen Wandels massive Leerstände prognostiziert worden seien. Diese Entwicklung

sei aber bisher nicht eingetreten. Insofern seien Prognosen immer schwierig.

Frau **Feigs** bestätigte, dass die Auswirkungen des demografischen Wandels schwer zu beurteilen seien. Prognosen würden generell nur eine grobe Richtung angeben. In der Analyse würden auch die Stadtteile betrachtet und es erfolge eine Gegenüberstellung mit der Prognose aus dem Bericht von 2012.

Auf Nachfrage von Herrn **Fuhrmann** zur Quartiersauswahl in Methler erklärte Herr **Breuer**, dass nach Betrachtung verschiedener Quartiere ein Quartier mit einer Kombination aus Einfamilien- und Mehrfamilienhäusern ausgewählt worden sei.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass sich die Ergebnisse auf andere Quartiere mit ähnlichen Strukturen übertragen lassen könnten.

Herr **Kobus** bedankte sich für den informativen Vortrag. Überrascht habe ihn, dass es ein Überangebot an großen Wohnungen geben soll und festgestellt worden sei, dass seit sieben Jahren keine öffentlich geförderter Wohnungsbau in Kamen stattgefunden haben soll.

Die von Herrn **Kobus** angesprochenen Themen sollen u.a. in dem Workshop intensiv besprochen werden, sagte Frau **Feigs**. Die Stadt Kamen habe keinen Einfluss auf die Entwicklung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus. Antragsteller seien die Bauherren (u.a. Wohnungsbaugesellschaften, Investoren). Zur Problematik großer Wohnungen erklärte Frau **Feigs**, dass diese oft mangels Wohnalternative weiter genutzt würden und somit kein tatsächlicher Leerstand eintreten würde. Hier werde auf jeden Fall Handlungsbedarf für die marktorientierte Umstrukturierung von Wohnraum im Bestand gesehen. Die sei auch ein Instrument, um zusätzlichen Flächenverbrauch (Versiegelung) zu vermeiden.

Abschließend verdeutlichte Herr **Kissing**, dass die Wohnungsmarktanalyse nicht nur aus Statistik bestehen würde, sondern auch qualitative Gesichtspunkte aufgreifen werde.

Zu TOP 5.

Kooperatives Gutachterverfahren der UKBS zur Revitalisierung der ehemaligen Polizeikaserne, Dortmunder Allee
hier: Bericht der UKBS

Herr **Kissing** stellte Herrn Kolander, Prokurist und Architekt der UKBS, vor und erteilte ihm das Wort.

Herr **Kolander** bedankte sich für die Einladung. Gleichfalls wunderte er sich, dass die UKBS in den vergangenen sieben Jahren keine öffentlich geförderten Wohnungen in Kamen errichtet habe. Dieser Zustand werde sich aber durch die Bauvorhaben im Kalthof und der Berliner Straße künftig ändern. Anschließend stellte sich Herr Kolander sowie seinen Tätigkeitsbereich bei der UKBS vor und berichtete im Anschluss über die Ergebnisse

des kooperativen Gutachterverfahrens der UKBS zur Revitalisierung der ehemaligen Polizeikaserne. Die UKBS beauftragte vier Architekturbüros um Vorschläge für die Revitalisierung der ehemaligen Polizeikaserne zu erarbeiten. Der erste Platz des kooperativen Gutachterverfahren belegte das Planungs- und Architekturbüro post welters + partner mbB aus Dortmund. Im Fokus des Siegerentwurfes standen die Adress- und Hofbildung sowie die Ausbildung drei unterschiedlicher Schwerpunkte. Der Entwurf zeichne sich dadurch aus, dass für die innere Erschließung ein weitgehend autofreies Quartier angestrebt werde. Geplant sei, die anfallenden PKW-Verkehre zentral in der Tiefgarage sowie einer oberirdischen Stellplatzanlage, zwischen den denkmalgeschützten Kasernengebäuden sowie einem östlichen Neubaugebäude, zu sammeln. Ein Schwerpunkt des Siegerentwurfs ist ein Quartiersplatz im Norden, welcher die denkmalgeschützte Tankstelle mit einer neuen Nutzung (Tankstelle für E-Mobilität/ Mobilstation) integriert. Ein zweiter Schwerpunkt ist der Umgang mit den denkmalgeschützten Gebäuden, in denen künftig Wohnungen für eine junge Zielgruppe und Studenten etabliert werden sollen. Der dritte Schwerpunkt stellt den Wohnhof mit der ergänzenden Neubebauung zwischen der denkmalgeschützten Kasernengebäude sowie den Bestandsgebäuden der UKBS an der Unnaer Straße dar. Detaillierte Informationen sind der Präsentation (S. 13 bis 29) zu entnehmen. Schlussendlich betonte Herr **Kolander**, dass der präsentierte Entwurf nicht den finalen Stand darstellen würde.

Ergänzend fügte Herr **Dr. Liedtke** hinzu, dass die UKBS an diesem Standort einen Mix aus freifinanzierten Wohnungen und sozial geförderten Wohnungen plane. Allerdings stehe zu diesem Zeitpunkt noch kein genauer Anteil fest.

Herr **Fuhrmann** bedankte sich bei Herrn Kolander für die Berichterstattung und befürwortete die Umnutzung der denkmalgeschützten Tankstelle. Als dann erkundigte er sich, ob auch betreutes Wohnen an dem Standort angeboten werden solle.

Herr **Kolander** entgegnete, dass für verschiedene Nutzergruppen ein Angebot geschaffen werde solle.

Herr **Sekunde** begrüßte ebenfalls, dass die Revitalisierung der ehemaligen Polizeikaserne voranschreite. Anschließend erkundigte er sich nach dem Projektablauf und ob bei der Planung auch erneuerbare Energien zum Einsatz kämen.

Auf Herrn Sekundes Nachfrage erklärte Herr **Kolander**, dass bisher kein abschließendes Energiekonzept beschlossen wurde. Allerdings setze die UKBS bereits heute stark auf eine weitestgehende energetische Autarkie aller Neubauten. Auch habe man bereits positive Rückmeldung seitens der Denkmalpflege bzgl. der Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den denkmalgeschützten Gebäuden erhalten. Die UKBS plane bereits in diesem Jahr die Altlastensanierung des Grundstücks sowie den Abriss der Werkstatthallen entlang der Borsigstraße.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich, ob auch Carsharing-Angebote in dem Quartier geplant seien.

Herr **Kolander** entgegnete dass Carsharing-Angebote für die Anwohner geplant seien. Die UKBS setzt bspw. bereits ein E-Car-Sharing-Projekt für

die Anwohner einer Wohnanlage, in Kooperation mit den Stadtwerken Unna, um. Im Rahmen des Projektes befinden sich zwei öffentliche Ladesäulen auf dem UKBS-Grundstück. Zudem wurde eigens für das Projekt ein E-Auto geleast, welches den Anwohnern, für einen geringen Betrag pro Monat, frei zur Verfügung stehe.

Herr **Helmken** informierte sich, ob das Projekt, hinsichtlich der steigenden Rohstoffpreise sowie der geplanten öffentlich geförderten Mietwohnungen, wirtschaftlich sei.

Herr **Kolander** entgegnete, dass jedes Projekt der UKBS wirtschaftlich sei. Daher werde ein Mix aus freifinanzierten Wohnungen und öffentlich geförderten Wohnungen entstehen. Aufgrund der Wirtschaftlichkeit sei es nicht möglich 100% öffentlich geförderte Wohnungen anzubieten. Derzeit werde die Wirtschaftlichkeit des Projektes geprüft. Bereits heutzutage sei es möglich, Häuser zu bauen, welche auf hydraulischen Heizungssysteme verzichten können. Dieser Ansatz werde von der UKBS bereits verfolgt, sodass bspw. Wartungskosten eingespart werden können. So entstehen bspw. in Unna fünf Mehrfamilienhäuser in massiver Bauweise mit einem Dach aus Photovoltaikanlagen, an der südausgerichteten Fassade befinden sich zusätzlich Photovoltaikanlagen, welche in der Fassade integriert sind. Diese Häuser erzeugen mehr Energie als notwendig, sodass sich diese Häuser autark versorgen. Die UKBS arbeite derzeit mit den Stadtwerken Unna an einer Strom-Cloud, welche die erzeugte Energie speichert und zu sonnenarmen Stunden kostenfrei ins Haus zurück überführt. So wäre es denkbar, dass die Anwohner eine Pauschalwarmmiete zahlen, in der die Strom- und Warmwassernutzung inklusive ist.

Herr **Kasperidus** lobte den innovativen Entwurf. Besonders hervorzuheben sei zum einen die Idee eines autofreien Quartiers. So diene die Erschließung an der Borsigstraße dazu, dass Anwohner nicht über das gesamte Quartier fahren müssten, um die Tiefgarage zu erreichen. Zum anderen sei für eine junge Zielgruppe der Wohnstandort, aufgrund der zentralen Lage, sehr geeignet. Zusätzlich regte Herr **Kasperidus** an, an der denkmalgeschützten Tankstelle eine E-Ladestation unterzubringen.

Bezugnehmend auf das E-Car-Sharing Angebot in Kooperation mit den Stadtwerken in Unna, informierte sich Herr **Kobus**, ob die UKBS das Auto auf den Stellplatzschlüssel angerechnet habe.

Dies verneinte Herr **Kolander**. Das Car-Sharing-Angebot sei unabhängig von dem Stellplatzschlüssel.

Herr **Kobus** erkundigte sich erneut, ob die Möglichkeit bestehe, den Stellplatzschlüssel aufgrund des Car-Sharing-Angebots zu reduzieren.

Dies bejahte Herr **Kolander**. In Folge der Neufassung der Landesbauordnung NRW sei es bspw. möglich, den Stellplatzschlüssel bei der Errichtung von öffentlich geförderten Wohnungen zu reduzieren.

Herr **Dr. Liedtke** betonte, dass dieses Projekt für die Stadt Kamen sowie der UKBS ein sehr besonderes Stadtentwicklungsprojekt sei. Hervorzuheben sei insbesondere eine nachhaltige Stadtentwicklung im Sinne eines nachhaltigen Energieversorgungs- und Mobilitätskonzepts. Entstehen sollen Mietwohnungen in einem Mix aus freifinanzierten und öffentlich geförderten Wohnungen.

Zu TOP 6.
048/2022

Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes für die Gesamtstadt, Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes für den Stadtteil Methler sowie Erstellung eines Energetischen Quartierskonzeptes für den Stadtteil Methler
Stand der Vergabe und Darstellung der Prozessstruktur

Herr **Breuer** verwies auf die Mitteilungsvorlage 048/2022, aus der sich alle Informationen ergeben würden (s. auch Präsentation S. 52 + 53). Eine Auftragsbestätigung des Auftragnehmers sei zwischenzeitlich eingetroffen. Bei der ganzheitlichen Bearbeitung würden verschiedene Teilnehmungsformate (u.a. Klimaschutzgremium, öffentliche Teilnehmungen, Stadtteilspaziergang) einen hohen Stellenwert einnehmen.

Frau **Dörlemann** teilte mit, dass die Mitteilungsvorlage gut nachvollziehbar sei. Als besonders positiv merkte sie an, dass das Thema Schwammstadt aufgegriffen worden sei. Diesbezüglich verwies sie auf den Antrag ihrer Fraktion vom 16.09.2021.

Zu TOP 7.
040/2022

Aufstellung des Regionalplans Ruhr – erneute Beteiligung gem. § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 13 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG NRW)
hier: Stellungnahme der Stadt Kamen

Herr **Kissing** verwies auf die vorliegende Beschlussvorlage.

Herr **Dr. Liedtke** wies darauf hin, dass aufgrund einer anhängigen Entscheidung des OVG Münster zum Regionalplan Ruhr ggf. eine nochmalige Offenlage erforderlich werden könnte. Dies könnte den Verfahrensabschluss evtl. verzögern.

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erklärte Frau **Dörlemann**, dass die Ortsumgehung Heeren-Werve problematisch gesehen werde. Auf Grundlage vorangegangener Informationen der Verwaltung sei ihre Fraktion davon ausgegangen, dass diese Ortsumgehung nicht mehr gebaut werden sollte. Nach ihrer Meinung solle die Fläche für Naherholung genutzt werden. Zudem könne eine Umgehungsstraße einen Kreisverkehr in mehrere Richtungen nicht ersetzen.

Herr **Dr. Liedtke** erläuterte, dass die Ortsumgehung ebenfalls im Flächennutzungsplan der Stadt Kamen dargestellt worden sei. Die Darstellung der Ortsumgehung stelle eine optionale Lösung für die Lärmproblematik im Bereich der Ortsdurchfahrt Heeren-Werve, Werver Mark, dar. Aus seiner Sicht solle diese Option weiter offengehalten werden. Die Darstellung der Ortsumgehung im Regionalplan stelle zudem noch keine tatsächliche Projektumsetzung dar.

Frau **Dörlemann** erwiderte, dass ihre Fraktion diese Option nicht mittrage.

In diesem Zusammenhang wies Herr **Gerwin** auf den Flächenverbrauch durch den Bau einer Ortsumgehung hin. Darüber hinaus sehe er auch eine

Option zur Verbesserung der Lärmsituation durch Einführung von Tempo 30 im Bereich der Ortsdurchfahrt Heeren-Werve.

Frau **Schaumann** verließ die Sitzung um 19.45 Uhr.

Herr **Kasperidus** verwies auf die bereits lang geführten und kontroversen Diskussionen in Heeren-Werve. Zum einen könnte der Bau der Ortsumgehung einen Eingriff in den Bereich für die Naherholung bedeuten, Freiraum werde zerschnitten und Flächen versiegelt. Zum anderen sei die Lärmbelastung der Anwohner im Bereich der Ortsdurchfahrt erheblich. Eine Lösung sei sicherlich die Anordnung von Tempo 30. Aber auch Mobilitätsveränderungen könnten sich lärmindernd auswirken. Er hoffe, dass der Bau der Ortsumgehung vermieden werden könnte, betonte jedoch die Wichtigkeit, eine solche Option offen zu halten, insbesondere mit Blick auf die Andienung umliegender Gewerbegebiete (u.a. Bönen, Unna). Für die SPD-Fraktion erklärte er die Zustimmung zur Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr **Wilhelm** berichtete, dass er eine weitere Zunahme von Lkw-Verkehren im Bereich der Werver Mark beobachte (u.a. durch Amazon und den Ausbau des Kreisverkehrs Gießelstraße).

Herr **Helmken** wies darauf hin, dass Ortsumgehungen auch vorteilhaft sein können.

Eine Ortsumgehung tangiere auf jeden Fall Belange des Naturschutzes, erklärte Herr **Gerwin**. Er verstehe den dargestellten Nutzen der Plandarstellung Ortsumgehung als Druckmittel nicht. Seiner Meinung nach könnte das Risiko bestehen, dass die Option tatsächlich umgesetzt werden könnte.

Die zukünftige Entwicklung sei nicht vorhersehbar, erklärte Herr **Kissing** abschließend. Er gab zu Bedenken, dass es sich von der Option bis zur Realisierung um einen langen Prozess mit Beteiligungsverfahren und Planfeststellungsverfahren handeln würde, in den auch die Stadt Kamen eingebunden werde.

Beschluss:

Der Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Kamen beschließt die nachstehende Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Ruhr.

Abstimmungsergebnis: Bei 1 Enthaltung und 3 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 8.
052/2022

Denkmalangelegenheiten
Eingabe und Beschwerde des sachverständigen Bürgers für die Denkmalflege

Mit diesem Tagesordnungspunkt werde die Mitteilungsvorlage der Verwaltung zur Kenntnis gegeben, teilte Herr **Kissing** mit.

Herr **Stoltefuß** verlas seine detaillierte Stellungnahme zum dargestellten Sachverhalt. Schlussendlich bestätigte er seine bereits in den vorangegangenen Sitzungen dargelegte Auffassung und erklärte, dass er weiterhin zur eingereichten Fachaussichtsbeschwerde stehen würde.

Sein Ziel sei es, die Stellung des Denkmalschutzes in Kamen zu verbessern. Er forderte insbesondere eine konsequente Anwendung der denkmalrechtlichen Verfahren in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form (Denkmalbereichssatzung), ein rechtlich fundiertes Konzept für die Denkmalpflege sowie eine offensivere Einstellung und vorausschauende Betrachtung durch die Politik. Als Sachverständiger Bürger setze er sich seit über 20 Jahren für die Belange des Denkmalschutzes ein. Sein Herz schlage für den Erhalt der historischen Altstadt auch für nachfolgende Generationen. Er betonte, dass er nur seiner Pflicht nachkomme und seine Argumentation fundiert sei und er daran weiterhin festhalten werde.

Herr **Kasperidus** wies nochmal auf die vorangegangene Sitzung hin, in der durch das Fachbüro Guut ausführlich und sachlich dargestellt worden sei, dass es sinnvoll und zielführend sei, im ersten Schritt einen Denkmalpflegeplan aufzustellen und erst danach ggf. eine Denkmalbereichssatzung zu beschließen. Auch für ihn als Ratsmitglied habe der Denkmalschutz einen hohen Stellenwert.

Herr **Kissing** wies Herrn Stoltefuß mehrfach auf die Begrenzung der Redezeit hin. Schlussendlich habe Herr Stoltefuß bei einer Redezeit von über 12 Minuten seinen Standpunkt hinreichend vertreten können.

Zu TOP 9.

Bauvorhaben im Stadtgebiet

Am Geist

Herr **Dr. Liedtke** informierte über einen Eigentümerwechsel. Der neue Eigentümer plane nunmehr eine denkmalgerechte Sanierung des Objektes Am Geist 6. Ein Antrag auf eine denkmalrechtliche Erlaubnis solle zeitnah eingereicht werden. Zudem soll ein Bauantrag für eine Neubebauung des nicht unter Denkmalschutz gestellten Bereichs folgen.

Herr **Helmken** wies darauf hin, dass ein Regenfallrohr von dem Gebäude Am Geist 6 in den Gehweg münden würde und dort durch eine Unterspülung eine Absenkung im Gehweg verursache.

Herr **Dr. Liedtke** sagte zu, den Eigentümer darüber zu informieren.

Westfälische Straße

Herr **Breuer** informierte über den Abriss des Gebäudes Westfälische Straße 33. Auf dem Grundstück sollen nunmehr ein Mehrfamilienhaus mit 8 Wohneinheiten sowie ein Doppelhaus entstehen. (Lagepläne, Ansichten Präsentation S. 62 bis 64).

Märkische Straße (Sparkasse)

Im Vorfeld dieser Sitzung habe die Sparkasse Unna/Kamen eine Information zu dem geplanten Bauvorhaben an die Presse gegeben, erklärte Herr **Dr. Liedtke**. Das bisherige Gebäude soll abgerissen und durch einen Neubau

ersetzt werden. Er präsentierte eine Ansicht von dem derzeitigen Entwurf (Präsentation S. 65). Der Bereich könne mit dieser Planung städtebaulich aufgewertet werden. Der Platzraum werde vergrößert. Die Architektur der östlich angrenzenden Bestandsgebäude (Präsentation S. 66) würde durch den Neubau fortgesetzt. Im Erdgeschoss sei eine gewerbliche Nutzung und in den Obergeschossen eine Wohnnutzung geplant. Eine Detailplanung liege jedoch noch nicht vor, so dass die Anfrage zur Zahl der Stellplätze von den Herren **Kasperidus** und **Wilhelm** noch nicht beantwortet werden könne.

Vor dem Hintergrund zunehmender Zerstörungen/Sprengungen von Geldautomaten könne sich ein Gefahrenpotential für die angrenzende Wohnbebauung ergeben, gab Herr **Wilhelm** zu bedenken.

Herr **Helmken** kritisierte, dass die Gremien der Sparkasse Unna/Kamen noch nicht eingebunden worden seien.

Herr **Kissing** bewertete die Nachricht, dass die Sparkasse in das Nebenzentrum an der Märkischen Straße zurückkehren werde, sehr positiv.

Zu TOP 10.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

10.1 Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Dr. Liedtke** informierte darüber, dass die vorzeitige Beteiligung und öffentliche Auslegung des Entwurfs zum „Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 79 Ka „Nahversorgungszentrum Lünener Straße“ ab 30.05.2022 für die Dauer von 1 Monat erfolge.

10.2 Anfragen

Herr **Kobus** erkundigte sich, ob es bereits einen konkreten Zeitplan für die Bebauung an der Lünener Straße (Vonovia) gebe. Herr **Dr. Liedtke** antwortete, dass die Verwaltung dazu keine weiteren Informationen habe.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es ergaben sich keine Mitteilungen der Verwaltung. Anfragen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- **entfällt** -

Herr **Kissing** schloss die Sitzung um 20.25 Uhr.

gez. Kissing
Vorsitzender

gez. Breuer
Schriftführer